

Es gilt das gesprochene Wort!

Neujahrsempfang der Pfarreiengemeinschaft Zum guten Hirten

am 24.1.2016 in Aschaffenburg

Rede von Frau Barbara Stamm, MdL

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es freut mich sehr, heute hier bei Ihnen in einer Pfarreiengemeinschaft zu sein, die eine der ältesten Bezeichnungen für Jesus Christus in ihrem Namen führt: die des **guten Hirten**.

„*Der Herr ist mein Hirte*“ - diese Worte aus Psalm 23 sind für Generationen von Christen vielleicht das Wichtigste überhaupt.

Denn sie sagen, dass wir uns von Gott behütet, beschützt und begleitet wissen können.

Es ist ein Bild voller **Trost und Geborgenheit**.

Danach sehnen wir uns, wenn es uns nicht gut geht, wenn wir in Schwierigkeiten sind, wenn wir, wie in diesen Tagen, Angst um den Frieden in der Welt, Angst vor **Terroranschlägen** wie denen in **Paris** oder in **Istanbul** haben.

Nach einem „*guten Hirten*“ sehnen sich aber auch die Menschen, die aus Not und Verzweiflung zu uns kommen, die vor Krieg und Gewalt zu uns geflüchtet sind.

In einer der großen **Gleichnisreden des Johannes-Evangeliums** sagt Jesus von sich selbst: „*Ich bin der gute Hirte.*“

Und wir, die wir ihm nachfolgen, sollten das auch sein - *gute Hirten*: in unseren Familien, an unseren Arbeitsstellen, überall dort, wo wir gebraucht werden und gefordert sind.

Papst Franziskus hat einmal gesagt, dass ihm das Buch von **Kardinal Walter Kasper** über die **Barmherzigkeit** „*sehr gut getan*“ hat. Vermutlich hat es ihn sogar mit dazu veranlasst, ein „*Heiliges Jahr der Barmherzigkeit*“ auszurufen.

Am 8. Dezember hat es begonnen. Das ist genau der Tag, an dem vor 50 Jahren das **Zweite Vatikanische Konzil** abgeschlossen wurde - das *Konzil der Impulse und Denkanstöße*, wenn man so will.

So einen Impuls und Denkanstoß will uns der Papst mit dem „*Heiligen Jahr der Barmherzigkeit*“ geben:

- dass wir uns *mit ihr* unseren Mitmenschen zuwenden
- dass wir teilen lernen
- dass wir vor dem „*Drama der Armut*“, wie der Papst sagt, unsere Augen nicht verschließen
- dass wir nicht der „*Globalisierung der Gleichgültigkeit*“ erliegen.

Doch wie verträgt sich das: christliche Barmherzigkeit und politischer Realismus?

Schließt sich das nicht aus?

Ich denke, die Not der anderen wird zum **Testfall** für uns alle: als Christen und als Menschen, die politisch denken und handeln.

Rupert Graf zu Stolberg, Bischofsvikar in der Seelsorgsregion München, geht noch einen Schritt weiter und sagt, *dass Barmherzigkeit der einzige Weg sei, um die großen Konflikte und Herausforderungen zu lösen, vor denen die Menschheit derzeit steht.*

Aber kann Barmherzigkeit eine Kategorie des Politischen sein? Oder läuft sie Gefahr, Appelle an die Stelle nüchterner Abwägung zu setzen?

In der Politik an sie zu appellieren, ist nicht ohne Risiko: Es kann die Betroffenen auf ihre Hilfsbedürftigkeit reduzieren. Wollen die Menschen das? - Vermutlich nicht, auch **Flüchtlinge** wollen das wohl nicht, zumindest nicht auf Dauer.

Doch was ist **Barmherzigkeit** dann, was könnte sie noch sein?

*Vielleicht ist sie eine Form der **Wertschätzung und Wahrnehmung**, die für die Not, die für die Benachteiligung und für die Probleme unserer Mitmenschen empfänglich ist, die zu Herzen geht und die zum Handeln führt.*

Denken wir an das **Gleichnis vom barmherzigen Samariter**, diesem Aufruf zur tätigen Nächstenliebe, zur Solidarität im **Lukas-Evangelium!**

Die akute Not der Flüchtlinge wahrzunehmen und sich ihr zu stellen, das ist die Voraussetzung für eine solche Nächstenliebe, für solidarisches Handeln.

Man muss versuchen, den Blickwinkel der Betroffenen einzunehmen. Dann öffnen sich vielleicht auch Handlungsspielräume, die man vorher nicht gesehen hat - oder nicht sehen wollte.

Viele Flüchtlinge haben Schlimmes erlebt, waren in Lebensgefahr. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass diese **lebensbedrohende Gefährdung** mit dem Verweis auf die Interessen anderer von vornherein relativiert wird.

Im Gegenteil, wir müssen uns immer vergegenwärtigen: Die **Würde des Menschen** gilt für alle - ohne jede Ausnahme.

Und barmherzig sein heißt: *„Das Herz ändern, die Kultur des Teilens vor das Besitzstandsdenken setzen, die Aufnahme vor die Abschottung, die Umkehr vor das Weiter-so, den gerechten Frieden vor den gerechten Krieg.“*

So hat es **Matthias Drobinski** vor wenigen Wochen in der *Süddeutschen Zeitung* formuliert.

Und über allem steht das fundamentale Recht jedes Menschen auf Leben.

Das ist auch die zentrale Botschaft des Weihnachtsfestes, das wir vor wenigen Wochen gefeiert haben.

Wir sollten nicht gleich wieder zur Tagesordnung übergehen. Denn die Weihnachtsgeschichte führt uns ja besonders anschaulich vor Augen, wie gefährdet dieses *Recht auf Leben* ist, gerade in so dramatischen Zeiten wie den unseren.

Und in diesen dramatischen Zeiten verhelfen vor allem unsere **vorbildlichen Ehrenamtlichen** einem *Leben in Würde* zu seiner Geltung. Die aktuelle **Flüchtlingskrise** hat es eindrucksvoll bewiesen.

Eine große Welle der **Solidarität** und der **Hilfsbereitschaft** hat das Land erfasst. Die Menschen schauen hin und nicht weg. Sie tun, was sie können: mit **viel Empathie**, mit großem Einsatz und mit einem guten Gespür für den richtigen Zeitpunkt, für die **Notwendigkeit**.

Viele fragen sich etwa, wie verwundet die **Seelen jener Kinder** sein mögen, die jahrelang im Krieg gelebt haben.

Und sie sind berührt von der Freude der Kinder, die nach Jahren des Kriegs und Monaten der Flucht endlich zur Ruhe kommen.

„Ich tue es aus Dankbarkeit, dass wir hier im Wohlstand leben und ich drei gesunde Kinder habe, und weil ich abends Zeit habe“, hat mir eine Frau einmal gesagt.

Solche Worte berühren. Und gerade diesen Menschen, die sich so vorbildlich engagieren, sollten wir das Leben nicht durch ein **Übermaß an Bürokratie** schwer machen, im Gegenteil: Wir müssen sie fördern, wo und wann immer es möglich ist. **Der Staat hat hier eine Bringschuld.**

Er muss zum Beispiel dafür sorgen, dass die Asylverfahren nicht zu lang dauern, dass die Zeit der Unsicherheit für die Flüchtlinge verkürzt wird. Denn lange Zeiten der Unsicherheit sind mit einer hohen nervlichen Belastung, mit viel Stress verbunden. Und dann steigt die **Gefahr der Aggression** - auch gegenüber unseren Ehrenamtlichen.

Das dürfen wir nicht zulassen. Wir dürfen unsere Ehrenamtlichen, ohne die in der Flüchtlingskrise *gar nichts gehen würde*, nicht überfordern.

Vor dieser Überforderung haben mittlerweile nämlich viele Angst, die auf die Ehrenamtlichen zählen - unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister etwa.

Die Menschen sind nicht unbegrenzt belastbar. Wir müssen sie auch wieder entlasten. Indem wir ihnen etwas zurückgeben - als **Steuerzahler** zum Beispiel. Vor allem aber als Ehrenamtliche.

Denn sie sind es ja, die sich nicht nur um Flüchtlinge, sondern oft auch um jene Menschen bei uns kümmern, die **nicht auf der Sonnenseite des Lebens** stehen, die alt, krank sind, die die Einsamkeit mit sich tragen wie einen zu dünnen Mantel im Winter.

Auch an sie müssen wir denken. Das erwarten die Menschen von einer starken und solidarischen Gemeinschaft, die ein **Gerechtigkeitsversprechen** in sich trägt.

Gerechtigkeit bedeutet nicht nur Chancen- und Leistungsgerechtigkeit, sondern sie bedeutet auch, dem Einzelnen, dem Besonderen gerecht zu werden. Gesetze und Regeln allein können das nicht einlösen.

Auch hier sind wir auf die **Barmherzigkeit** angewiesen. Schließlich ist sie es, die dafür sorgt, dass bei der Anwendung der Regeln das Besondere des Einzelfalls, die Würde des Menschen, nicht aus dem Blick gerät.

Dieser Gedanke sollte uns in der Flüchtlingskrise ebenso begleiten wie die **Besonnenheit** und der **Mut zur Weitsicht**.

Was wir auf keinen Fall tun dürfen ist: den (radikalen) **Vereinfachern** das Feld überlassen.

Ich weiß: Wir stehen in jeder Beziehung vor **großen Herausforderungen**. Sie werden uns viel abverlangen.

Aber es gibt nun einmal eine **christliche Verantwortung für den Mitmenschen**, die niemand von sich weisen oder mit einem (schwer zu bestimmenden) *politischen Realismus* relativieren kann.

Im Gegenteil: **Christliche Barmherzigkeit und politischer Realismus sind kein Widerspruch**, auch wenn die Barmherzigkeit in der Leistungskraft einer Gesellschaft ihre Grenze finden kann. Aber noch bringen sehr viele unserer Bürgerinnen und Bürger das Licht der Barmherzigkeit in sich zum Leuchten - mit viel gutem Willen, mit der Bereitschaft zu teilen und mit sehr viel geschenkter Zeit.

Besonders viel Zeit braucht natürlich die **Integration** der Menschen, die im vergangenen Jahr zu uns geflüchtet sind. Das wird Jahre dauern.

Und es zeichnet sich immer mehr ab, **dass wir nur so viele Menschen aufnehmen können, wie sich integrieren lassen**. Das heißt, wir müssen versuchen, die Fluchtursachen zu bekämpfen und den Flüchtlingsstrom zu begrenzen - nicht weil wir den Menschen nicht helfen wollen, sondern weil wir auch eine Verantwortung für diejenigen haben, die bereits im Land sind.

Und wir müssen natürlich auch deutlich sagen, was wir von ihnen erwarten.

Wer zu uns kommt, muss unsere Rechtsordnung, muss unsere **gesellschaftlichen Grundregeln** anerkennen (*muss zum Beispiel wissen, welche Stellung **Frauen** bei uns haben und wie man sich ihnen gegenüber benimmt.*)

Darauf müssen wir bestehen, ebenso auf unserem Bedürfnis nach **Sicherheit**, ohne die unsere **Freiheit** nicht möglich wäre. Wenn wir das nicht tun, bilden sich **Parallelgesellschaften**. Und genau die wollen wir nicht! **Wir wollen Integration und kein Auseinanderdriften!**

Ebenso wenig dürfen wir zulassen, dass sich Menschen nur noch unter vier oder sechs Augen ihre Meinung sagen trauen.

Es muss schon noch erlaubt sein, kontrovers zu diskutieren, ohne gleich in die *Pegida-Ecke* gestellt zu werden.

Was wir im Moment ganz bestimmt nicht brauchen, sind **Zuspitzung und Polarisierung**. Auch das würde die Gesellschaft spalten!

Besser wäre, wenn wir uns immer wieder fragen würden, ob wir die **Werte**, auf die wir uns berufen, noch leben, ob sie in unserem täglichen Verhalten noch erkennbar sind. Denn das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass **Integration** gelingt.

Und das **muss sie**. Denn ohne sie ist ein gutes, friedvolles Zusammenleben nicht möglich. Aber sie braucht eben auch **viel Zeit und viel guten Willen**.

Ich denke, die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Land hat ihn, diesen guten Willen - und die Politik hat ihn auch.

Kein anderes Land leistet eine so engagierte, finanziell und personell so aufwändige **Integrationspolitik für Flüchtlinge** wie Bayern.

Wie ja überhaupt der **Konsens** unter den großen politischen Kräften in unserem Land viel größer ist, als es in der Öffentlichkeit manchmal den Anschein hat.

Dazu gehört auch, dass wir Flüchtlingen künftig schon während des Asylverfahrens **Deutschkurse** anbieten wollen.

Die Erfahrung zeigt ja, dass es vor allem den **Jugendlichen** unter ihnen Halt und Perspektive gibt, wenn sie ins **soziale Umfeld der Schule** aufgenommen werden und die Sprache im Alltag beherrschen lernen.

Ganz wichtig für die jungen Flüchtlinge sind natürlich auch **Lehrstellen**, am besten in einem Familienbetrieb, der für sie so etwas wie *eine zweite oder eine **Ersatzfamilie*** sein könnte.

Natürlich: Es dauert dann noch immer sehr lang, bis man ein fremdes Land als zweite Heimat begreifen kann. Aber den ersten Schritt dazu sollte man möglichst bald tun. Und das ist das Erlernen der **deutschen Sprache**.

Wenn man sich in ihr zuhause fühlt, können auch die Länder, in denen sie gesprochen wird, zur Heimat werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei allen unseren Bemühungen für Flüchtlinge dürfen wir natürlich auch die Probleme nicht aus den Augen

verlieren, die **unsere Bürgerinnen und Bürger** haben, die Schwierigkeiten, die wir selbst haben, die Folgen des **demografischen Wandels** etwa.

Die regionale Entwicklung ist da ganz unterschiedlich: Während **Oberbayern** bis 2030 ein *Einwohner-Plus* von 10 Prozent erwarten kann und München sogar eines von 15 Prozent, müssen die Oberfranken mit einem Minus von 8 Prozent und wir in **Unterfranken** mit einem Minus von 5 Prozent rechnen.

Schwaben, Niederbayern und Mittelfranken werden ein leichtes Wachstum verzeichnen. Und die Oberpfalz wird ihr Niveau in etwa halten.

Nicht eingerechnet in diese Zahlen ist natürlich die aktuelle und die voraussichtliche Zuwanderung der kommenden Jahre, die hoffentlich besser zu steuern sein wird als die im vergangenen Jahr.

Eine zweite Erkenntnis aus dem demografischen Wandel ist: **Wir werden älter!**

Das ist eine gute Nachricht. Es ist aber auch ein Auftrag - und kein leichter!

Denn wenn wir älter werden, ändern sich auch unsere **Bedürfnisse**. Das fängt bei einer **gut funktionierenden Nahversorgung** an und hört beim **seniorengerechten Wohnen** noch lang nicht auf.

In den Gemeinden sollte **Innenentwicklung also vor Außenentwicklung** gehen - *auch wenn das nicht überall gern gehört wird, bei manchen Kommunalpolitikern nicht und in meiner Partei auch nicht.*

Dennoch sage ich: Bayern darf nicht, wie es im **Münchner Merkur** unlängst hieß, „*in eine Ansammlung von Supermärkten, Gewerbegebieten und Parkplätzen zerfleddern*“. Im Gegenteil: Die Ortskerne sollten ihre **Nahversorgungsfunktion** wieder erfüllen können!

Wenn sie das nicht tun, haben **ältere Menschen** ein Problem - und kein geringes, besonders wenn sie nur noch eingeschränkt mobil sind.

Wir müssen uns also bei jeder Entscheidung fragen, ob sie auch den Bedürfnissen älterer Menschen entspricht. Die decken sich übrigens oft mit denen von **Menschen mit Behinderung**.

Auch darin zeigen sich **Solidarität und Barmherzigkeit** - gegenüber Menschen, aber auch gegenüber ganzen Regionen, die benachteiligt sind, denen etwas fehlt, eine gute **ärztliche Versorgung** etwa.

Der **Bayerische Hausärzteverband** sagt uns immer wieder, dass die flächendeckende medizinische Versorgung in Gefahr ist.

Das Durchschnittsalter eines Hausarztes liegt mittlerweile bei über 50 Jahren, jeder vierte Hausarzt ist über 60 Jahre alt und wird in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen.

Das ist eine Entwicklung, der wir gegensteuern müssen. Und wir tun das auch.

Wir bieten Anreize, dass **Arzt im ländlichen Raum zu sein** attraktiv bleibt - oder es wieder wird.

Weit über zehn Millionen Euro Fördermittel haben wir dafür bis jetzt zur Verfügung gestellt.

Angenommen wird das **Landarzt-Förderprogramm** gut.

Es spricht also einiges dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass unsere **Solidarität mit schwächeren Regionen** erste positive Wirkungen zeigt.

Wir müssen aber auch auf unser **Personal in den Krankenhäusern** schauen, auf die Ärzteschaft, das Pflegepersonal, die Verwaltung.

Sie alle bringen enormen Einsatz und müssen ihren **Stellenwert in der Gesellschaft** und eine gerechte Entlohnung haben.

Besonders natürlich unsere **Pflegekräfte**, die ganz ausgezeichnete Arbeit leisten, aber oft nicht so bezahlt werden.

Die Qualität der Arbeit stimmt. Die Qualität der Bezahlung eher nicht. Hier von einer „*Gerechtigkeitslücke*“ zu sprechen, ist keine Übertreibung.

Solidarität und Gerechtigkeit erwarten auch unsere **Familien** von uns. Es ist unsere Pflicht, ihnen überall im Land gute Bedingungen für ihre Lebensgestaltung zu geben.

Wir müssen versuchen, sie stabil zu halten, soweit das in unseren Kräften steht. Denn wenn sich in ihnen **Kinder nicht gut entwickeln können**, wenn sie später mit ihrem Leben nicht zurechtkommen, steigt der Aufwand für begleitende Maßnahmen erheblich.

Denken wir nur an die **explodierenden Kosten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie!**

All das sind *Reparaturkosten*, die wir uns mit intakten Familien sparen könnten.

Wir müssen mit unseren Familien aber auch noch aus einem anderen Grund solidarisch sein. Sie sind nämlich nach wie vor die **größten Pflegeeinrichtungen im Land.**

Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt - und nicht in Heimen. Und genau das wollen die Pflegebedürftigen auch.

Was unsere Familien da Tag für Tag leisten, kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Wir müssen aber auch wissen, was passiert, wenn für Familien zu wenig getan wird.

Dann ziehen die jungen Menschen nämlich weg, allen voran die gut qualifizierten jungen Frauen.

Ohne sie gibt es aber keine Familien und keine Kinder und deshalb auch immer weniger Angebote für sie. Und ein Ort **ohne Kindergarten, Grundschule und Ganztagsbetreuung**, ohne einen regelmäßigen öffentlichen Personennahverkehr ist wiederum für junge Familien nicht attraktiv.

Deshalb appelliere ich immer an die kommunalen Mandatsträger: **„Seien Sie mutig! Investieren Sie in die Infrastruktur für junge Familien und für Kinder!“**

Kinder sind ein Versprechen auf die Zukunft. Sie müssen Möglichkeiten haben, sich zu entwickeln, sich zu **Persönlichkeiten** zu formen, **aus sich etwas zu machen**.

Es liegt an uns, sie dabei zu begleiten und zu unterstützen.

Und das heißt: mit Betreuungsangeboten und mit der bestmöglichen Bildung. **Bildungspolitik ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts!**

Die Bildung der jungen Generation muss bereits **im frühkindlichen Alter** beginnen in **Kindertagesstätten** und **Kindergärten**:

- mit musikalischer Früherziehung
- mit einem Instrument
- mit den Grundlagen einer Fremdsprache und
- mit kindgerechten Spielen am Computer.

Daran kann sich **Schule** dann sinnvoll anschließen, kann die Kinder dort abholen, wo sie stehen, anstatt sie dauernd zu testen und mangelnde Schulfähigkeit zu beklagen.

Es müssen später auch nicht alle aufs Gymnasium. Die **berufliche Bildung** muss wieder viel stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Die **Abbrecherquoten** an unseren Universitäten sind ja relativ hoch. Sie liegen zwischen sechs Prozent beim Lehramt und 47 Prozent bei der Informatik.

Manche von den jungen Leuten, die ihr Studium nicht beenden, wären im Handwerk bestimmt besser aufgehoben, würden dort mehr leisten und sich besser weiterentwickeln können. Da bin ich mir ganz sicher!

Um nicht missverstanden zu werden: Verbesserte **Pisa-Ergebnisse**, wie sie vor einigen Jahren vorgelegt wurden, sind erfreulich. Wir dürfen Schule aber nicht nur an den Kriterien der OECD messen.

Jedes Kind hat seine eigene Geschwindigkeit. Und es wäre sehr wünschenswert, wenn es dort wahrgenommen und auf den Weg gebracht würde, wo es steht. Auch das ist ein Gebot der **Gerechtigkeit**.

Ich halte das für ganz wichtig. Denn die jungen Menschen brauchen eine gesicherte Grundlage, auf der sie **Zukunft gestalten** können: mit ihren Fähigkeiten, mit ihrem Herzen, mit ihrem Charakter und mit ihrem Verstand.

Wenn ich von der **Gestaltung der Zukunft** spreche, meine ich natürlich auch die Zukunft Europas, die **Zukunft der Europäischen Union**.

Sie ist in den vergangenen Jahren leider von einer Krise in die andere geschlittert: von der Zypern- über die Griechenlandkrise (die noch längst nicht ausgestanden ist) in die Flüchtlingskrise.

Gerade die Flüchtlingskrise hat sich zu einem **Testfall europäischer Solidarität** entwickelt.

Andere Kritikpunkte sind schon seit langer Zeit zu hören: der Verdruss über die Brüsseler Bürokratie und ihren Regelungseifer, die Klage über mangelnde Transparenz der Entscheidungen, das Misstrauen gegenüber einem unübersichtlichen Netz von Institutionen.

Deshalb sollte jeder, dem Europa ein Anliegen ist, für einen **Kurswechsel** eintreten:

- für eine Reform des Umverteilungssystems
- für eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik und natürlich auch
- für eine **gemeinsame Flüchtlingspolitik**.

Wenn wir das nicht tun, setzen wir alles aufs Spiel, was wir in den vergangenen Jahrzehnten, was wir seit den **Römischen Verträgen** erreicht haben. Wollen wir das? - Bestimmt nicht!

Denn im Grunde genommen ist Europa ja ein Erfolgsmodell: Die heutige **Europäische Union** hat weit mehr als ein halbes Jahrhundert des Friedens, der Sicherheit und des wirtschaftlichen Wohlstands ermöglicht.

Unsere junge Generation erlebt heute „*mehr Europa*“ als alle anderen Generationen vor ihr.

Und ich kann mir gut vorstellen, dass sie sogar noch mehr will. Sie ist ja in **Fremdsprachen** bedeutend versierter als die Generationen vor ihr.

„*Mehr Europa*“ muss aber auch heißen: mehr **Verlässlichkeit**, **mehr Solidarität** und **weniger Egoismus**, vor allem in der Flüchtlingskrise.

Wir müssen auf einem stabilen **Werte-Fundament** zusammenhalten. Das gilt für Bayern und für Deutschland. Und das hat auch wieder für **Europa** zu gelten. Und wir alle sollten darüber nachdenken, was es heißt, **Werte zu leben** - und sie nicht nur zu beschwören.

Die **Klimakonferenz in Paris** hat gezeigt: Wenn die Welt zusammensteht, wenn sie **solidarisch** ist, können wir auch die größten Herausforderungen anpacken.

Darauf sollte sich **Europa** endlich wieder besinnen. Schließlich sind wir nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine **Werte-Union!**

Natürlich ist die **Reform der EU** ein sehr, sehr langer Weg. Und wir haben auch schon Rückschläge erlebt - das **gescheiterte Verfassungsreferendum** etwa.

Aber wir sollten ihn gehen, diesen langen Weg. Denn zu Europa - *das ist meine feste Überzeugung* - gibt es keine vernünftige Alternative.

Einer, der mit so langen Wegen Erfahrung hatte, ein **Gründervater der Vereinigten Staaten von Amerika**, hat einmal gesagt: *„Es gibt drei Arten von Menschen: Solche, die unbeweglich sind, solche, die beweglich sind, und solche, die sich bewegen.“*

Hoffen wir, dass sich in Zukunft möglichst viele mit **Mut, Zuversicht, aber auch mit Besonnenheit** bewegen: von den politisch Verantwortlichen bis hin zu den Unionsbürgerinnen und -bürgern, vor allem, wenn es um die **Bewältigung der Flüchtlingskrise** geht und letztlich um das, was den **Kern von Barmherzigkeit** ausmacht - *sich in andere hineinzusetzen, ihren Blickwinkel einzunehmen und nicht nur an sich denken.*

In diesem Sinn wünsche ich uns ein gutes, gesundes, friedvolles Jahr 2016!